Bundesversammlung der BZÄK fordert Unterstützung des ambulanten Bereichs

„Wir brauchen Sicherheit!“

Die Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) fand am 4. und 5. November in München statt. Im Grußwort des Bayerischen Staatsministers für Gesundheit und Pflege, Klaus Holetschek (CSU), dankte dieser der Zahnärzteschaft für ihren steten Einsatz, auch in der Pandemie. Er verwies zudem auf die aktuellen Krisen, u. a. die Energiekrise und Inflation, die auch die Kosten der Zahnarztpraxen trieben.

Erstmals sprach die Präsidentin des Weltzahnärzteverbandes FDI (World Dental Federation), Prof. Dr. Ihsane Ben Yahya (Marokko), zu den Delegierten. Prof. Dr. Ihsane Ben Yahya sprach in ihrem Grußwort davon, dass alle Länder individuelle Herausforderungen und Erfahrungen hätten, aber gemeinsam könnten Wissen und Best Practices geteilt und positive Veränderungen vorangetrieben werden, um allen eine optimale Mundgesundheit zu bieten. Die FDI sei stolz auf Deutschland als Mitgliedsland und sie begrüße die Bemühungen der BZÄK zur Förderung der Mundgesundheit und einer fortschrittlichen Zahnmedizin.

Der Vorsteher der Stiftung Hilfswerk Deutscher Zahnärzte (HDZ), Dr. Klaus Sürmann, dankte für die Spendenbereitschaft zur Unterstützung der Ukrainehilfe sowie bei der letzten Flutkatastrophe und verwies auf die vielen HDZ Hilfsprojekte.

BZÄK-Präsident Prof. Dr. Christoph Benz (Mitte) übernahm die Ehrung des ehemaligen BZÄK-Vizepräsidenten Prof. Dr. Dietmar Oesterreich (links) und des Flottenarztes a. D. Dr. Helfried Bieber.

Ehrung für Oesterreich und Bieber

BZÄK-Präsident Prof. Dr. Christoph Benz ehrte Prof. Dr. Dietmar Oesterreich für seine jahrzehntelangen Verdienste um den zahnärztlichen Berufsstand mit der höchsten Auszeichnung der deutschen Zahnärzteschaft, dem Fritz-Linnert-Ehrenzeichen. Flottenarzt a. D. Dr. Helfried Bieber wurde mit der Ehrennadel der deutschen Zahnärzteschaft in Gold ausgezeichnet.

Berichte der Präsidenten

Die Präsidenten der Bundeszahnärztekammer gaben ihren ersten Rechenschaftsbericht ab: (v. l. n. r.): Dr. Romy Ermler, Konstantin von Laffert und Prof. Dr. Christoph Benz.

In seinem politischen Bericht sprach Benz über die Krise als Chance. Die Zahnmedizin wäre am Pandemiebeginn quasi das „5. Rad am Gesundheitswagen" gewesen, hätte sich jedoch auf ihre Hygieneexpertise besonnen und Vorbildliches geleistet. Nun stünden Gesellschaft wie auch Zahnärzteschaft vor neuen Herausforderungen, wie etwa hohe Teuerungsraten und die Energiekrise, die sich in den Praxen niederschlagen würden. Es sei sinnvoll, den stationären Sektor vor Überforderungen zu schützen, der ambulante Bereich sei jedoch vollständig vergessen worden, obwohl er einen zentralen Stellenwert bei der Versorgung der Bevölkerung habe. Investorenketten und Gesundheitskioske hätten bei der Politik anscheinend einen höheren Stellenwert als die berechtigten Sorgen und Nöte der Niedergelassenen. Dabei beruhe der Erfolg des deutschen Gesundheitswesens auch nach Ansicht der Bundesregierung ganz erheblich auf dem dichten Netz kleiner Praxen überall im Lande.

Weiterhin sprach Benz über den Wortbruch durch das GKV-FinStG: Durch die jetzt verabschiedete Fassung seien die Langzeitbehandlung der Parodontitis und damit das Patientenwohl in Gefahr. Weitere Schlagworte waren u. a. der Personalmangel und die adäquate Bezahlung des medizinischen Personals.

BZÄK-Vizepräsident Konstantin von Laffert forderte endlich einen zügigen Bürokratieabbau. Es gäbe kein Sonder-Entlastungspaket für Praxen wie für die Kliniken, aber es dürften nicht auch noch Sonder-Belastungspakete entstehen oder bleiben. Die BZÄK habe viele realistische Vorschläge, die mehr Zeit für die Versorgung bedeuteten. Es fehle jedoch der Wille der Exekutive. Problematisch für alle Praxen sei vor allem die sog. EU-Medizinprodukteverordnung (MDR): Durch zu wenige Benannte Stellen komme die geforderte Rezertifizierung der Produkte nicht voran, das beträfe auch viele Dentalprodukte. Somit drohten Versorgungsengpässe, wenn Geräte in den Praxen nicht mehr benutzt werden dürften. Von Laffert sprach zudem über den europäischen Gesundheitsdatenraum EHDS, die Bemühungen um Nachhaltigkeit in der Praxis, den Fachkräftemangel, die Gefahren von iMVZ – er warnte vor den Gefahren drohender Überbehandlungen – sowie die Risiken von Alignershops mit Fernbehandlungen und Fehl- durch Selbstbehandlung.

Dr. Romy Ermler MBA, BZÄK-Vizepräsidentin, wies darauf hin, dass die Zahnmedizin ein energiebehafteter Beruf sei. Die Verschleppung der GOZ sei nicht mehr zu rechtfertigen. Die Honorierung der Zahnmedizinerinnen und Zahnmediziner sei bewusst dem freien Markt entzogen worden. Aber dann müsse der Staat auch dafür sorgen, dass sie zeitgemäß sei und perspektivisch bleibe. Dieser Verantwortung entziehe sich der Staat jedoch erfolgreich – seit 1988 und seit zwölf Gesundheitsministerinnen und -ministern.

Das GKV-FinStG habe zudem die Leistungen der systematischen Behandlung von Parodontitis gedeckelt. Der Gesundheitsminister habe damit den Pfad einer verlässlichen und zukunftsgerichteten Präventionspolitik verlassen. Mit Blick auf den beruflichen Nachwuchs müsse die Politik weiterhin aufgefordert werden, notwendige Unterstützungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen, damit es eine echte Stadt-Land-Gerechtigkeit geben könne. Wichtig wäre zudem die digitale Neugestaltung im Sinne von Verbesserung von Prozessen, eine funktionsfähige Telematikinfrastruktur etc.

Resolution und Leitantrag

In ihrem politischen Leitantrag forderten die Delegierten die Bundesregierung dazu auf, die Rahmenbedingungen für die zahnärztlichen Praxen zu verbessern. Dazu müssen die Gebühren der privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen den Kostensteigerungen dauerhaft angepasst werden. Budgetierungen jedweder Art werden abgelehnt. Die selbstständige zahnärztliche Praxis muss gestärkt werden.

Weitere Beschlüsse wurden z. B. zur Anpassung des GOZ-Punktwertes, zur Kieferorthopädie in Zahnarzthand, zu Fachkräftemangel und Nachwuchsförderung, gegen die Vergewerblichung der Zahnheilkunde, zur Verbesserung der zahnärztlichen Versorgung von Menschen mit Behinderung oder besonderem medizinischen Unterstützungsbedarf, für die Beendigung der Budgetierung der Parodontitisbehandlung sowie für eine Telematikinfrastruktur zum Nutzen der Anwender verabschiedet.

Am Rande

Von Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach gab es für diese Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer kein Lebenszeichen – weder ein Grußwort noch das Entsenden eines Staatssekretärs nach München. Er war beim Hartmannbund eingeladen und auch erschienen. BZÄK-Präsident Prof. Dr. Christoph Benz quittierte diesen Affront gegen das höchste Gremium der deutschen Zahnärzte in einer Pressekonferenz mit der Feststellung: „Lauterbach hat eine merkwürdige Abneigung gegen ambulante Praxen!".

RED/BZÄK-PM

ANZEIGE